

Wolfgang Schäuble **Lektionen  
aus der Krise**

**Die atlantische Partnerschaft hat im Zuge der Irakkrisen erheblichen Schaden genommen, den es zügig zu reparieren gilt. Grund für diese Fehlentwicklung ist unter anderem die irrige Sicht vieler Europäer, derzufolge der vermeintliche amerikanische Hegemon selbst eine Gefahr darstellt und nicht als funktionierende Demokratie und wichtiger Partner angesehen wird, der bestrebt ist, den Gefahren unserer Zeit entgegenzutreten. Indes sind intakte Beziehungen zu den USA, mit denen die Länder Europas wesentliche Grundüberzeugungen teilen, unverzichtbar auch für den europäischen Einigungsprozess selbst, der durch die Geschehnisse der jüngsten Zeit zwar ins Stocken geraten, nicht aber substanziell gefährdet ist. Motor dieses Einigungsprozesses sollte nach wie vor eine stabile deutsch-französische Freundschaft bleiben, die im wohlverstandenen Sinne den Kern eines starken Europas darstellt, dessen Rolle im internationalen Geschehen auch in Zukunft unbestritten ist, dessen erste Aufgabe jedoch die Wiederherstellung der Stabilität im eigenen Hause sein muss.**

Die Trümmer, die uns die Fernsehbilder täglich aus dem Irak zeigen, symbolisieren das Scheitern von Politik und Diplomatie, das dieser Krieg jedenfalls auch bedeutet. Unabhängig davon, wer welche Fehler gemacht hat und welche Chancen es noch gegeben hätte, jedenfalls ist das Ziel, dem Regime von Saddam Hussein dauerhaft gesichert keine Verfügung über Massenvernichtungswaffen zu belassen und die davon für den Weltfrieden ausgehende Gefahr zu beseitigen, wie es der Sicherheitsrat wieder und wieder – zuletzt in der Resolution 1441 – einstimmig beschlossen hat, mit friedlichen Mitteln nicht erreicht worden. Und außer Frage steht, dass die Ordnungsfunktion des Weltsicherheitsrats, die atlantische Partnerschaft und der europäische Einigungsprozess erheblich beschädigt sind.

Die deutsch-französische Zusammenarbeit muss sich deshalb ebenso vertrauenvoll wie schonungslos offen mit der Frage beschäftigen, welche Lehren aus diesen Erfahrungen zu ziehen sind. Grundlage muss eine realistische Analyse der Weltlage am Beginn des 21. Jahrhunderts sein und eine Verständigung über die Frage, welche politische Konzeption unseren Interessen und unserer Verantwortung entspricht. Der Fall der Mauer am 09. 11. 1989 und der terroristische Anschlag auf die USA am 11. 9. 2001 stehen für das Ende der bipolaren Weltordnung der Nachkriegszeit und für die neuen, vielfältigen Bedrohungen in der Welt der Globalisierung. Mit dem Zerfall der Sowjetunion sind die Vereinigten Staaten von Amerika als

einige Supermacht verblieben, die ihre militärische Überlegenheit durch hohe Rüstungsaufwendungen und eindrucksvolle Entwicklungen in der Militärtechnologie im vergangenen Jahrzehnt noch einmal deutlich gesteigert haben. Zugleich sehen sich die USA gerade wegen ihrer hegemonialen Stellung angesichts des vielfältigen Konfliktpotenzials in der Welt von Fundamentalismus, Terrorismus und *failing states* besonderen Bedrohungen ausgesetzt. Zunehmende Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Trägertechnologien kommt hinzu und auch die Tatsache, dass von nicht demokratischen und rechtsstaatlich verfassten Systemen aller Art vielfältige Bedrohungen für Frieden und Stabilität ausgehen.

Deshalb hat schon vor dem 11. 9. 2001 die Diskussion zugenommen, ob eher durch präventive Politik von friedlicher Konfliktlösung und Entwicklung oder durch Führung mit überlegener militärischer, auch politischer und wirtschaftlicher Stärke den Bedrohungen entgegengewirkt werden kann.

Dominique de Villepin hat vergangenen Donnerstag vor dem Londoner Institut für strategische Studien in einer bemerkenswerten Rede die französische *vision du monde* erläutert, und er hat dafür plädiert, dass es eine Wahl zwischen Macht und Recht nicht geben dürfe, dass Recht der Macht bedürfe und dass Macht dem Recht dienen müsse. Nur aus beidem werde *justice*, eine gerechte Ordnung, die allein dauerhafte Sicherheit garantiere.

Die amerikanische Debatte war seit dem Ende der bipolaren Weltordnung durch zunehmende Skepsis geprägt. Auf Fukuyamas „Ende der Geschichte“, also die Hoffnung auf den endgültigen Erfolg der freiheitlichen Ordnung von Wirtschaft und Politik, folgte bald Huntingtons Warnung vor dem *Clash of Civilisations*, und die nährte die Überzeugung, dass nur überlegene militärische Stärke Sicherheit gewährleisten könne. Weil die Europäer in dieser Entwicklung – übrigens schon seit langem – nicht Schritt halten konnten oder wollten, vermutet Robert Kagan in *Power and Weakness*, dass wir Europäer aus Schwäche für die Kant'sche Vision einer Weltordnung eintreten, während die USA sich eher vom Realismus des Thomas Hobbes leiten ließen. Der deutsche Soziologe Karl Otto Hondrich hat dieser Tage die Überlegung beigesteuert, dass Krieg und Gewalt auf Grundgeset-

**■ Dominique de Villepin hat vergangenen Donnerstag vor dem Londoner Institut für strategische Studien in einer bemerkenswerten Rede die französische *vision du monde* erläutert, und er hat dafür plädiert, dass es eine Wahl zwischen Macht und Recht nicht geben dürfe, dass Recht der Macht bedürfe und dass Macht dem Recht dienen müsse. Nur aus beidem werde justice, eine gerechte Ordnung, die allein dauerhafte Sicherheit garantiere.**

■ **Wer die Weiterentwicklung von Naturwissenschaft und Technik, auch die soziale Evolution zu gering schätzt, lässt angebliche Gesetzmäßigkeit der Geschichte leicht zur Stagnation verkommen. Das war die Erfahrung im Ersten Weltkrieg, wo die Absurdität des Stellungskriegs nur zur erklären ist, weil man vor lauter strategischer Gesetzmäßigkeit die Veränderung durch die Rüstungstechnologie nicht begriffen hatte.**

zen menschlichen Zusammenlebens beruhten. Ordnung und Freiheit stellten sich nicht einfach her durch Gleichverteilung, sondern nur durch Unterdrückung von Gewalt durch noch größere Gewalt, und deshalb könnte es ohne eine Hegemonialmacht keinen Weltfrieden geben.

Mich überzeugt das nicht so richtig. Zwar halte ich viel davon, dass man geschichtliche Erfahrungen und Strukturen berücksichtigt; aber wer die Weiterentwicklung von Naturwissenschaft und Technik, auch die soziale Evolution zu gering schätzt, lässt angebliche Gesetzmäßigkeit der Geschichte leicht zur Stagnation verkommen. Das war die Erfahrung im Ersten Weltkrieg, wo die Absurdität des Stellungskriegs nur zur erklären ist, weil man vor lauter strategischer Gesetzmäßigkeit die Veränderung durch die Rüstungstechnologie nicht begriffen hatte. Nach den Grauen des Zweiten Weltkriegs und angesichts der in Hiroshima und Nagasaki erfahrenen Wirklichkeit der atomaren Bedrohung lernte man in der bipolaren Nachkriegsordnung, dass militärische Gewalt nicht ohne jegliche Begrenzung gedacht werden kann.

Man muss allerdings gleich hinzufügen, dass auch in den Zeiten des Gleichgewichts des Schreckens, also der durch gegenseitige Vernichtungsfähigkeit gesicherten Abschreckung, Kriege ohne Ende mit unendlich vielen Opfern geführt wurden. Nur die unmittelbare Konfrontation der beiden Supermächte musste – und konnte zum Glück – vermieden werden.

Weil es die nun nicht mehr gibt, dürfen wir gleichwohl nicht in einen Status quo ante zurückfallen. Dagegen stehen die Massenvernichtungswaffen, dagegen steht die Erfahrung, dass Kriege heute immer mehr die Zivilbevölkerung und relativ weniger die Kombattanten betreffen, und dagegen steht auch, dass im Informationszeitalter die Öffentlichkeit zumindest scheinbar zum dauerhaft präsenten Zuschauer auf dem Schlachtfeld wird – ein Phänomen, dessen Wirkung die amerikanische Politik schon im Vietnam-Krieg zu lernen hatte.

Also, so leichtfüßig sollten wir nicht zurückkehren zu dem Satz von Clausewitz, dass Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, zumal Clausewitz diesen Satz gar nicht so simplifiziert geschrieben hat, wie er meist zitiert wird, weil er eben auch darauf hinwies, dass Stabilität durch Krieg allein nicht

erreicht werden kann, sondern nur durch die danach zu bauende politische Ordnung.

Über eine politische Ordnung in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts müssen wir uns verständigen, als Europäer, mit unserem atlantischen Partner und soweit irgend möglich in der Völkergemeinschaft insgesamt. Globalisierung bezieht sich eben nicht nur auf Märkte und Finanzströme, sondern auch auf das weltweite Spannungspotenzial, das aus der Gleichzeitigkeit des Ungleicheitigen folgt. Wachsender Wohlstand, auch Ressourcenverbrauch auf der einen Seite, Massenarbeitslosigkeit und zunehmende globale ökologische Bedrohung auf der anderen. Weltumspannende Kommunikation und Information in *real time* bei ungeheuer großen Unterschieden in Entwicklung, politischer Sozialisation und kultureller wie religiöser Identität und dazu noch eine dramatisch unterschiedliche demographische Entwicklung in den verschiedenen Teilen der Erde – Spannungen und Spaltungen ohne Ende.

In dieser Welt sind die atlantischen Partner aufeinander angewiesen, weil wir dieselben Werte teilen. Das ist gar keine so abstrakte, feierliche Floskel, sondern wirkt ziemlich konkret, wenn man sich klar macht, wie es um die Grundfragen von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde, Menschenrechten in der Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auch heute bestellt ist. Libyen führt den Vorsitz im Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, und Guinea hatte im März den Vorsitz im Weltsicherheitsrat. Und außerdem sind wir gemeinsam bedroht, weil wir – Europäer und Amerikaner – im weltweiten Maßstab die Wohlhabenden sind und weil es – bei allen Unterschieden im einzelnen – doch der Westen als Ganzes ist in seiner zivilisatorischen Modernität, mit allen ihren Vorzügen und Schattenseiten, der Begehrlichkeiten und Abwehrreaktionen hervorruft.

Diese Ordnung wird nur gelingen, wenn sie Raum für unterschiedliche Entwicklung und Identitäten lässt, wenn sie sich zur Verschiedenheit und Toleranz bekennt als Ausfluss unserer Überzeugung von der unveräußerlichen Würde jedes einzelnen Menschen, wenn sie aber zugleich auch auf der Verbindlichkeit von Toleranz gegenüber jeder fundamentalistischen Anmutung besteht. Was in der Begrenzung von welt-

**■ Über eine politische Ordnung in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts müssen wir uns verständigen, als Europäer, mit unserem atlantischen Partner und soweit irgend möglich in der Völkergemeinschaft insgesamt. Globalisierung bezieht sich eben nicht nur auf Märkte und Finanzströme, sondern auch auf das weltweite Spannungspotenzial, das aus der Gleichzeitigkeit des Ungleicheitigen folgt.**

licher und geistlicher Macht in Jahrhunderten abendländischer Zivilisationsgeschichte mühsam herausgebildet wurde, darf nicht in Frage gestellt werden, weil religiöse Heilsgewissheit auf irdische Ordnung übertragen zu Kompromiss und zu Toleranz nicht fähig ist.

Recht braucht immer auch das Schwert, das hat mit dem Wesen des Menschen zu tun. Und jede internationale politische Ordnung braucht Macht.

Das alles ist ziemlich unstreitig, und dennoch ist in der europäischen und in der transatlantischen Debatte so viel auseinander gelaufen. Während in Europa das Ausmaß amerikanischer Überlegenheit zunehmend kritisch hinterfragt wird, beklagen Amerikaner europäische Schwäche und unterstellen, dass die Schutzgarantie der amerikanischen Supermacht in mehr als einem halben Jahrhundert die Europäer zunehmend der eigenen Sorge für Sicherheit und Stabilität entwöhnt habe. Was in den USA vom alten Europa gedacht wird, ist übrigens auch nicht viel besser als der Nachruf von Emanuel Todd auf die Weltmacht USA.

Man mag das als intellektuelle Spielereien abtun, aber die Wirkung dieser transatlantischen Diskussionskultur auf die öffentliche Meinung sollte nicht unterschätzt werden. Auch demokratisch verfasste Öffentlichkeiten brauchen – und wollen – politische Führung; aber die Führung muss die Chance zumindest nachfolgender Zustimmung der Mehrheit bewahren, und was wir jetzt als Ergebnis von mangelnder Einigung atlantischer Partner bis zum Krieg im Irak an Wirkungen auf die Öffentlichkeit diesseits und jenseits des Atlantik und besonders die junge Generation besorgen müssen, darf die politische Elite nicht unberührt lassen.

Um an einem konkreten Beispiel zu verdeutlichen, wovor ich warnen möchte: wenn mancherorts über eine Politik des *Containment* gegenüber dem amerikanischen Hegemon nachgedacht werden sollte, rate ich zu bedenken, dass man das Missverständnis vermeidet, als sehe man die USA als Hauptgefahr für unsere Sicherheit und für den Frieden in der Welt.

Wir bleiben auf atlantische Partnerschaft angewiesen, im Interesse unserer eigenen Sicherheit. Das setzt jedoch Vertrauen voraus, und dazu müssen wir uns gegenseitig besser verstehen. Manchmal reden wir in

**■ Wir bleiben auf atlantische Partnerschaft angewiesen, im Interesse unserer eigenen Sicherheit. Das setzt jedoch Vertrauen voraus, und dazu müssen wir uns gegenseitig besser verstehen.**

der atlantischen Debatte fast verständnislos aneinander vorbei. „Krieg“ ist für die Europäer und zumal für uns Deutsche eine so existenzielle Erfahrung, dass wir schon vor der bloßen Begrifflichkeit zurückschrecken. Für die Amerikaner dagegen ist Krieg nicht so sehr unmittelbare Erfahrung der Zivilbevölkerung, und selbst die Risiken für die eigenen Soldaten hatte man durch hohen materiellen und technischen Aufwand immer viel kleiner gehalten.

Aber die Erfahrung, dass die Unverwundbarkeit der Amerikaner in einer neuen Welt von Globalisierung, *failing states*, internationalem Terrorismus und asymmetrischer Kriegsführung nicht mehr gegeben ist, dass ist der Schock des 11. September. Und darauf reagieren die USA mit dem amerikanischen Urinstinkt, dass letztlich jedes Problem mit Einsatzwillen und dem entsprechenden materiellen und technischen Aufwand lösbar sein muss. Tocqueville beschrieb schon vor fast 175 Jahren amerikanische Mentalität: „Der Bewohner der Vereinigten Staaten lernt von Geburt an, dass man sich im Kampf gegen die Übel und Hemmnisse des Lebens auf sich selber verlassen muss. [...] Es gibt nichts, dass der menschliche Wille nicht durch freies Handeln der vereinigten Macht Einzelner zu erreichen hoffte.“ Und Kennedys Antwort auf den Sputnik-Schock lautete: „Get a man to the moon in ten years“.

Andererseits fürchte ich, dass Überlegungen, amerikanische Stärke und europäische Schwäche, politisch, wirtschaftlich und militärisch, müssten jetzt dazu führen, eine neue Weltordnung allein durch amerikanische Hegemonie zu bauen, auch nicht zu wirklich mehr Stabilität führen. Die amerikanischen Pläne für eine Nachkriegsordnung nicht nur im Irak, sondern für die Stabilisierung des ganzen Nahen und Mittleren Ostens lassen mich zweifeln, ob das so mechanistisch Schritt für Schritt gelingen kann. Selbst der Hinweis auf die Demokratisierung Deutschlands und Japans nach dem Zweiten Weltkrieg vermag angesichts so unterschiedlicher Vorgeschichte und Voraussetzung nicht wirklich zu überzeugen.

In der deutschen Debatte habe ich den Eindruck, dass wir uns fast nur mit den Fehlern der anderen beschäftigen. Das liegt ja jedem nahe. Aber da ich nicht Mitglied des amerikanischen Senats oder Repräsentantenhauses bin, sondern nur Mitglied des deutschen

**Tocqueville beschrieb schon vor fast 175 Jahren amerikanische Mentalität: „Der Bewohner der Vereinigten Staaten lernt von Geburt an, dass man sich im Kampf gegen die Übel und Hemmnisse des Lebens auf sich selber verlassen muss. [...] Es gibt nichts, dass der menschliche Wille nicht durch freies Handeln der vereinigten Macht Einzelner zu erreichen hoffte.“**

Bundestages, habe ich gelegentlich schon gefragt, welches unbeschadet unterschiedlicher Meinung über die Richtigkeit der Entscheidung von Präsident Bush eigentlich die richtigen Entscheidungen deutscher Politik sein könnten. Und für deren Richtigkeit sind mir wenige Argumente eingefallen. Wenn es Ziel war, Saddam Hussein zum Einlenken zu bringen, dann könnte das, wie alle gesagt haben, nur durch Druck und glaubwürdige Drohung geschehen. Diesen Druck auf Saddam Hussein hat deutsche Politik nicht verstärkt. Und wenn Ziel war, die USA von einem Alleingang abzuhalten, dann hat die Ankündigung des deutschen Bundeskanzlers, Deutschland werde sich bei jedweder Entscheidung im Weltsicherheitsrat nicht beteiligen, uns diesem Ziel auch nicht näher gebracht.

Frankreich hat es besser gemacht, jedenfalls bis zur Resolution 1441, die zu einem wesentlichen Teil Erfolg französischer Politik und Diplomatie war. Und meine Partei hat noch im Januar immer gesagt, dass wir die Politik von Präsident Chirac unterstützen.

Aber irgendwann scheint mir die Balance verloren gegangen zu sein. Wer dazu welche Ursachen gesetzt hat, mögen die Zeitgeschichtler untersuchen; politische Klugheit legt mir im Spekulieren eher Zurückhaltung nahe.

Aber soviel will ich sagen. Der Versuch, Europa gegen die USA zu einen, kann nicht gelingen. Dafür hat das europäische Einigungswerk doch zu sehr und zuerst das Ziel gemeinsamer Sicherheit, und das geht besser mit den USA als ohne oder gar gegen sie. Man sollte die künftigen EU-Mitglieder im Osten nicht schelten, wenn ihnen das noch unmittelbarer bewusst ist. Aber es gilt nicht nur für die künftigen EU-Mitglieder. Die europäische Einigung ist übrigens nach dem Ersten Weltkrieg trotz der Bemühungen von Stresemann und Briand nicht gelungen, nicht zuletzt, weil die Amerikaner sich zu schnell aus Europa wieder zurückgezogen haben. Das war nach dem Zweiten Weltkrieg anders, und deshalb sind europäische Einigung und atlantische Partnerschaft für uns untrennbar verbunden.

Frankreich hat sich immer einen größeren Raum für Eigenständigkeit bewahrt. Vergangenheit und weltpolitischer Status waren anders. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit hat das nicht gescha-

■ **Der Versuch, Europa gegen die USA zu einen, kann nicht gelingen. Dafür hat das europäische Einigungswerk doch zu sehr und zuerst das Ziel gemeinsamer Sicherheit, und das geht besser mit den USA als ohne oder gar gegen sie.**

det, obwohl es beim Abschluss des Elyseé-Vertrages vor 40 Jahren genau darüber auch Differenzen gegeben hat. Im Ergebnis hat in diesen 40 Jahren die deutsch-französische Partnerschaft das gut balanciert. Frankreich hat verstanden, dass Deutschland nicht vor die Wahl zwischen Paris und Washington oder Paris und London gestellt werden wollte. Vielleicht war genau das der Grund, dass die Balance zuletzt verloren ging, weil Deutschland den Eindruck erweckte, auf dieses Gleichgewicht nicht mehr bestehen zu wollen. Entsprechend war es in den 40 Jahren meistens gelungen, die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor europäischer Einigung wirksam zu halten. Für den Begriff „Kerneuropa“ haben Karl Lamers und ich ja eine Art Copyright, und wir haben das nie als ein Element der Spaltung verstanden, sondern als Verpflichtung, den Einigungsprozess insgesamt voranzubringen. Was immer auch Rücksicht auf die kleineren Partner in Europa erforderte.

Das kann schnell schief gehen, wie wir beim Vorschlag von Präsident Chirac und Bundeskanzler Schröder für den europäischen Konvent erleben konnten. Der Grat zwischen mangelnder deutsch-französischer Zusammenarbeit und damit fehlendem Motor, etwa in Nizza einerseits und deutsch-französischer Dominanz andererseits, ist schmal – wir sollten es bedenken, weil wir die kostbare deutsch-französische Freundschaft nicht nur uns, sondern auch unseren Partnern in Europa schulden.

Ich will noch einen schwierigen Punkt erwähnen. Die Meinungen sind geteilt, ob es noch eine Chance gab, die letzte Entscheidung im Weltsicherheitsrat zu behalten. Ich vermute, dass der britische Vorschlag in letzter Minute nicht ohne Konsultation mit dem Weißen Haus vorgelegt wurde, und ich habe nicht verstanden, warum er – genauso wie zuvor der kanadische Vorschlag – zuerst von Paris und Berlin abgelehnt wurde. Selbst wenn ich einmal unterstelle, die US-Administration sei von vornherein entschlossen gewesen, finde ich, dass es auch dann klüger gewesen wäre, für eine Beschlussfassung im Weltsicherheitsrat Sorge zu tragen. Die gegenteilige Auffassung nimmt meines Erachtens eine politische Schwächung der USA zumindest in Kauf, von der ich nicht sehe, dass sie in unserem Interesse liegen sollte. Die Gefahr für den Frieden, das steht in 1441 und das hat auch der

**Der Grat zwischen mangelnder deutsch-französischer Zusammenarbeit und damit fehlendem Motor, etwa in Nizza einerseits und deutsch-französischer Dominanz andererseits, ist schmal – wir sollten es bedenken, weil wir die kostbare deutsch-französische Freundschaft nicht nur uns, sondern auch unseren Partnern in Europa schulden.**

**■ Meine Einschätzung ist, dass wir durch vertrauensvolle Partnerschaft amerikanische Meinungs- und Entscheidungsbildung eher beeinflussen als durch Sprachlosigkeit und Konfrontation. Auch die USA machen Fehler, aber zur Korrektur von Irrtümern bleiben sie fähig. Offene Gesellschaften, das verdanken wir Karl Popper, bewegen sich im Prozess von trial and error, und das ist Grundlage auch für Zuversicht.**

Papst gesagt, geht von Saddam Hussein aus und jedenfalls nicht unmittelbar vom amerikanischen Hegemon.

Meine Einschätzung ist im Übrigen auch, dass wir durch vertrauensvolle Partnerschaft amerikanische Meinungs- und Entscheidungsbildung eher beeinflussen als durch Sprachlosigkeit und Konfrontation.

Auch die USA machen Fehler, aber zur Korrektur von Irrtümern bleiben sie fähig. Offene Gesellschaften, das verdanken wir Karl Popper, bewegen sich im Prozess von *trial and error*, und das ist Grundlage auch für Zuversicht.

Auch deshalb braucht es keine zusätzliche Beschädigung der USA, und jede Überlegung, dass durch zusätzliche Schwierigkeiten die USA eher auf den rechten Weg gebracht werden können, halte ich im Ergebnis für nicht unseren Interessen entsprechend. So wie mir ein schneller Erfolg im Krieg mit möglichst wenigen Opfern und möglichst guten Ergebnissen für eine dauerhafte Stabilisierung des Irak und des ganzen Nahen und Mittleren Ostens wünschenswert erscheint, selbst wenn dadurch eine bestimmte Denkschule in Washington sich eher bestätigt sehen würde.

Ich sagte schon: Gegen Amerika lässt sich Europa nicht einen. Das sollten wir auch für unsere künftigen Überlegungen berücksichtigen. Wir verstehen ein stärkeres, handlungsfähiges, großes, geeintes Europa nicht als Alternative zur atlantischen Partnerschaft, sondern als wesentlichen Beitrag zu ihrer Stärkung. Aber selbst wer ein stärkeres Europa als Element zur Begrenzung amerikanischer Hegemonie verstehen möchte, sollte das Pferd wenigstens nicht vom Schwanz her aufzäumen. Erst müssten wir ein stärkeres handlungsfähiges Europa haben, ehe wir die Alternative atlantischer Partnerschaft beschädigen. So aber sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen.

Wie gesagt, ich halte davon nichts, und die Mehrzahl der Europäer auch nicht. Mein dringender Rat ist, dabei zu bleiben, dass europäische Einigung und atlantische Partnerschaft untrennbar zusammengehören. Nur auf diese Weise werden wir auch enge Beziehungen zu Russland auf Dauer vernünftig ausgewogen halten können. Wer sich den eurasischen Kontinent auf einer Weltkarte einmal betrachtet, erkennt schnell, dass das Widerlager auf der anderen

Seite des Atlantik die unterschiedlichen Größenordnungen besser balancieren kann.

Ein starkes Europa muss sich zuerst darin bewähren, im europäischen Haus selbst Stabilität zu schaffen. Auf dem Balkan haben wir das in den neunziger Jahren nicht ohne amerikanische Hilfe geschafft. Für die Stabilisierung Osteuropas gilt für die vorhersehbare Zukunft das Gleiche.

Um die europäischen Fähigkeiten zu verbessern, müssen wir unsere Verteidigungsaufwendungen erhöhen, vor allem wir Deutsche. Das scheint inzwischen sogar der Bundeskanzler zu erkennen. Aber kein europäisches Land wird für sich allein das Notwendige zustande bringen, zumal wir die Aufwendungen für Forschung und moderne Technologie wesentlich steigern müssen. Das erfordert mehr Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, und die setzt Vertrauen und Verlässlichkeit voraus. Deshalb war der Streit in der NATO um die Vorbereitung von Schutz für die Türkei nicht nur peinlich, sondern schädlich.

Je stärker der europäische Pfeiler atlantischer Partnerschaft wird – politisch, militärisch, auch wirtschaftlich – um so stabiler wird dieses Bündnis bleiben, und um so mehr werden wir auch Einfluss haben und Entscheidungen gemeinsam treffen können. Die USA mögen manchmal ein schwieriger Partner sein, unser Gegner sind sie nicht. Nur gemeinsam können wir in der globalisierten Welt Stabilität, Sicherheit und Gerechtigkeit erreichen. Das wird nicht nur mit militärischen Mitteln gehen, sondern das erfordert kluge Politik für Nachhaltigkeit und Entwicklung, Raum für unterschiedliche Identitäten und die Verbindlichkeit von Menschenrechten und Toleranz zugleich. Nicht alles ist machbar, das müssen wir manchmal aus europäischer Erfahrung unseren amerikanischen Freunden sagen; aber mit Selbstvertrauen und Gelassenheit kann man in dieser Welt auch viel erreichen. Das können wir von den Amerikanern lernen, auch nach dem 11. September.

Auch wenn militärische Fähigkeiten unverzichtbar bleiben, dürfen Kriege nicht wieder leichter führbar werden. Die bloße Drohung mit militärischer Gewalt sollte in der Regel ausreichen, und je handlungsfähiger die Völkergemeinschaft bei der Durchsetzung internationalen Rechts ist, um so eher wird diese Ordnung schon durch die bloße Drohung mit Gewalt

**■ Ein starkes Europa muss sich zuerst darin bewähren, im europäischen Haus selbst Stabilität zu schaffen. Auf dem Balkan haben wir das in den neunziger Jahren nicht ohne amerikanische Hilfe geschafft. Für die Stabilisierung Osteuropas gilt für die vorhersehbare Zukunft das Gleiche.**

**Souveränität und Interventionsverbot, die seit dem Westfälischen Frieden Grundlage des Völkerrechts waren, verlieren an Wirkungskraft, seit aus Gebieten ohne funktions- und sanktionsfähige staatliche Ordnung Gefahren für jeden Teil der Erde drohen können. Das ist das Problem der *failing states*, Folge von technologischem Fortschritt und Globalisierung.**

wirkungskräftig sein. Das Dilemma bleibt, dass eine Drohung nur glaubwürdig ist, wenn sie notfalls auch vollzogen wird, dass aber die Glaubwürdigkeit der Drohung sich gerade darin bewähren muss, dass es im Zweifel zum Ernstfall nicht kommt.

Nicht notwendigerweise schon die Antworten, aber in jedem Fall die Fragen, die der Bedrohungsanalyse der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie zugrunde liegen, müssen wir aufnehmen. Deshalb werden wir auch das Völkerrecht behutsam weiterentwickeln müssen. Souveränität und Interventionsverbot, die seit dem Westfälischen Frieden Grundlage des Völkerrechts waren, verlieren an Wirkungskraft, seit aus Gebieten ohne funktions- und sanktionsfähige staatliche Ordnung Gefahren für jeden Teil der Erde drohen können. Das ist das Problem der *failing states*, Folge von technologischem Fortschritt und Globalisierung.

Große Aufgaben für die atlantische Partnerschaft. Ein starkes, handlungsfähiges Europa wird gebraucht. Ohne den Motor der deutsch-französischen Zusammenarbeit werden wir das nicht schaffen. Nicht exklusiv und gegen andere gerichtet, schon gar keine neuen Achsen, sondern immer in dem Bewusstsein, dass das europäische Schicksal in der Geschichte immer – im Guten wie im Schlechten – vom Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland wesentlich beeinflusst wurde.

Ein großes Europa braucht Strukturen, die seine Handlungsfähigkeit sichern. Das ist das Thema der europäischen Verfassungsdebatte. Zur Agenda des Konvents will ich mich heute auf zwei Bemerkungen beschränken. Damit die Bürger sich dieser Ordnung zugehörig fühlen, müssen wir europäische Handlungsfähigkeit und nationale Identität klug miteinander verbinden. Das ist das Problem von Subsidiarität und Kompetenzordnung, kein technisches Problem, sondern die entscheidende Frage für demokratische Legitimation. Ohne die Zustimmung der Menschen zum europäischen Einigungswerk kann am Ende nichts gelingen. Das erfordert auch Grenzen, und meines Erachtens sollten wir über die geographischen Grenzen des europäischen Kontinents nicht hinausgehen.

Und deshalb müssen kommunale europäische Politikbereiche und inter-gouvernementale klug ver-

zahnt werden. Je besser das gelingt, umso mehr Dynamik behält der Einigungsprozess. Deshalb halte ich von zwei europäischen Präsidenten wenig, aber viel von einem, der vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament gemeinsam gewählt wird. Dann hätten wir auch nicht zwei Verwaltungen in Europa, die Kommission und das Generalsekretariat des Rats, sondern eine, die für weitere Fortschritte im Integrationsprozess bessere Chancen bietet.

Die europäische Einigung ist noch lange nicht am Ende, auch nicht nach dem hoffentlich erfolgreichen Abschluss des Verfassungskonvents. Aber Europa ist auch nicht am Ende. Das ist Grund zur Zuversicht. Dafür können wir arbeiten, Franzosen und Deutsche zusammen, das ist unsere Verantwortung aus der Geschichte und das ist unsere Hoffnung für die Zukunft.